

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhägergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Reimer, in Leipzig: Eugen Fort, S. Engler in Hamburg, Haafenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Säger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

# Danziger Zeitung.

## Königliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem fürstlich hohenzollern-sigmaringen Hof-Kammerrath Bilharz zu Sigmaringen den Rothen Adlerorden 3. Kl., dem Rechnungsrath Moser zu Bries und dem Pastor Dransfeld zu Brandenburg a. d. S. den Rothen Adlerorden 4. Kl., dem Fabrikbesitzer Engels und dem Rentier Buchholz, beide zu Berlin, so wie dem Gewerkefabrikanten Büttner zu Suhl den R. Kronenorden 4. Kl., dem Schul-lehrer Simon zu Weiten und den Gerichtsdienern Koch zu Gariow und Roeder zu Vingen das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Hauptmann und Compagniechef Voedter vom 1. Schlef. Jäger-Bat. Nr. 5 die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; den Kreisrichter Wahlmann in Greunburg D. S. zum Director des Kreis-gerichts in Falkenberg D. S., den Gerichtsassessor Seithe zum Gar-nisonauditeur in Rützin zu ernennen, und dem Pächter der Do-mainen Wallendorf, Ober-Amtmann v. Briesen, den Charakter als Unterath zu verleihen.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 10 Uhr Vormittags.

London, 9. Mai. In der gestrigen Abend Sitzung des Oberhauses theilte Lord Derby mit, daß in der heute statt-gehabten Konferenz alle Schwierigkeiten beseitigt worden seien. Der Friede sei factisch gesichert.

Im Unterhause erwiderte Lord Stanley auf eine In-terpellation Labouchere's: Die heutige Konferenz habe ein substantielles Arrangement erzielt, Dant der Mäßigung der Hauptbetheiligten; es seien nur noch Formalitäten ab-zuthun. Die jetzt von England übernommene Garantie vermehre nicht, sondern begrenze die bisherigen Ga-rantiepflichten. Der Schluß der Konferenz werde wahr-scheinlich baldigst erfolgen und würden dann die Acten dem Parlamente vorgelegt werden. Diese Erklärung wurde mit lautem Beifall aufgenommen. (Wiederholt.)

Angelommen 1 1/2 Uhr Nachmittags.

London, 10. Mai. Im Unterhause fieng in der Re-form-Debatte die Regierung mit 322 gegen 256 Stimmen. Die Reformbill ist muthmaßlich gesichert. Der Staats-Secretair des Innern, Walpole, resignirte.

Brüssel, 10. Mai. Ein im „Moniteur“ enthaltenes Telegramm aus London meldet: Die Vertrags-Artikel sind heute mit einigen Modificationen paraphirt worden, außer Artikel 4, da der preussische Botschafter Graf Bern-korf wegen des Termins der Räumung Luxemburgs sich noch weitere Instruktionen erbeten hat.

München, 10. Mai. Der preussische Militär-Be-vollmächtigte General Hartmann ist hier eingetroffen.

Karlsruhe, 10. Mai. Zwischen Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes und den Süddeutschen Staaten ist am 8. Mai ein Abkommen zur Einführung einer ge-meinsamen Salzbesteuerung unterzeichnet worden. Vom 1. Januar 1868 ab wird ein gemeinsamer Grenzzoll von 2 Thlr. pro Centner und eine Productionssteuer von glei-cher Höhe erhoben.

## (W. A. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Gotha, 9. Mai. Der gemeinsame Landtag der Herzog-thümer Coburg-Gotha hat die Verfassung des Norddeutschen Bundes einstimmig angenommen.

Darmstadt, 9. Mai. Die zweite Kammer hat die Aufnahme eines Anlehens von 1,900,000 Gulden zur Dedung der an Preußen geleisteten Kriegskontribution genehmigt.

London, 9. Mai. Der „Siebe“ meldet, Luxemburg werde bei Holland bleiben, neutralisiert und unter die Garan-tie der Großmächte gestellt werden; außerdem sei die Schleifung der Festung beschlossen und bestimmt worden, daß das Verweilen von Truppen im Großherzogthum nur zur Auf-rechterhaltung der Ordnung gestattet sei.

London, 9. Mai. „Times“ und „Morning Post“ sprechen sich für, „Daily News“ gegen eine Beilegung Eng-lands an der Collectivgarantie aus.

Kopenhagen, 8. Mai. Der Kriegsminister eröffnete dem Reichstage die bevorstehende Ankunft einer beträchtlichen Anzahl Remington'scher Hinterladungsgewehre aus Nord-amerika. Die amtliche „Berlingske Tidende“ dementirt die Zeitungsberichte von Anregung der Neutralisirung der Dänische im Kriegesfälle und von einer angeblichen diplomatischen Mission des hier erwarteten russischen Thronfolgers. (Post.)

Triest, 9. Mai. Levantepost: Athen, 4. Mai. Aban-gabe ist als griechischer Gesandter nach Washington abgereist. Die Regierung betreibt die militärischen Vorbereitungen mit großem Eifer. Die diesjährige Conscriptio wird die Armee auf 30,000 Mann erhöhen. Sieben Panzerschiffe sind bestellt, theils in Amerika, theils in England. — Smyrna, 4. Mai. Der hiesige französische Generalconsul hat von dem Gouver-neur der Insel Chio Genugthuung wegen Domicilverlegung des auf der Insel wohnhaften katholischen Bischofs verlangt; der Gouverneur hatte dieselbe bisher verweigert. — Con-stantinopel, 4. Mai. Dem Vicekönig von Aegypten wurde der Titel „Hekim el Missr“ verliehen. Ein Gerücht will wissen, Nubar-Pascha solle der Pforte eine Art Verpachtung Arabiens an den Vicekönig vorschlagen.

Florenz, 8. Mai. Der König hat auf 4 Mill. jähr-lich von seiner Civilliste verzichtet. — Die Heirath des Prin-zen Amadeus mit der Prinzessin von Cisterna ist officiell angekündigt worden.

Newyork, 27. April. (Per City of Baltimore.) Die Feindseligkeiten mit den Indianern in Nebraska haben be-gonnen.

Die mexicanischen Imperialisten melden die Rück-eroberung Puebla's; die Republikaner melden, Maximilian habe die Capitulation Queretaro's angeboten, wenn ihm per-sönlich die Abreise gestattet würde; Juarez habe abgelehnt.

Frankfurt a. M., 9. Mai. Die Börse ist ziemlich fest, aber unbelebt. Amerikaner 76 1/2, Credit-Actien 151 1/2, Steuerfreie Anleihe 45 1/2, 1860er Rente 63 1/2.

Wien, 9. Mai. Abendbörsen. Geschäft stagnirend. Cre-dit-Actien 169.60, Nordbahn 166.00, 1860er Rente 83.60, 1864er Rente 75.70, Staatsbahn 201.80, Galizier 210.50.

London, 9. Mai. Bank-Ausweis. Notenumlauf 23,146,810 (Abnahme 152,885), Baarvorrath 19,130,357 (Abnahme 118,538), Notenreserve 9,816,420 (Abnahme 51,325) Pfd. St.

London, 9. Mai. Aus New-York vom 8. d. M. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109 1/2, Goldagio 18, Bonds 107 1/2, Illinois 114, Eriebahn 63 1/2, Baumwolle 27, raffinirtes Petroleum 25.

## Landtagsverhandlungen.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Mai.

Der erste Gegenstand der T. D., in die sofort eingetre-ten wird, ist folgende von den Mitgliedern der nat.-liberalen Partei unterstützte Interpellation des Abg. K. Mann: „Nach-dem das Haus der Abg. in der letzten Session den von der k. Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, „betr. die An-stellung von Justizbeamten in den neu erworbenen Landes-theilen und den älteren Provinzen,“ in der Sitzung v. 5. Febr. 1867 abgelehnt hatte, wurde im März oder Anfangs April 1867 der frühere Vicepräsident an dem ehemals hannov. Ober-gericht zu Stade, Obergerichts-vice-director Oberg als Vice-präsident an das Appell.-Gericht zu Ratibor versetzt. In den Motiven des abgelehnten Gesetzentwurfes wurde von der Re-gierung, sowie später in der Plenarverhandlung wiederholt zugesagt, daß die zur Zeit bestehenden Gesetze verbieten, einen Justizbeamten aus den neu erworbenen Provinzen als Richter in den alten Provinzen der Monarchie zu verwenden. Trotz der öffentlichen Erörterung, welche mit Rücksicht hierauf an die Verlegung des Vicepräsidenten sich geknüpft hat, ist bis jetzt nicht öffentlich bekannt geworden, daß derselbe in Ge-mäßheit des Art. 90 der Verf. und nach den Vor-schriften der Gesetze sich befähigt gemacht habe, als Richter an einem altländischen Appellationsgerichte zu fungiren. Da diese Thatsache nicht zu vernünftigen ist, eine Aufklärung über den Fall aber notwendig erscheint, um den Zweifel zu beseitigen, ob nicht bei der Anstellung eines Richters wider Verfassung und Gesetz verstoßen sei, so richte ich an das k. Staatsministerium die Frage: hatte der frühere Ob.-Ger.-Vice-director Oberg vor seiner Verlegung an das Appell.-Gericht zu Ratibor durch Ablegung der vorgeschrie-benen Prüfungen zur Verwaltung eines Richteramtes oder einer ordentlichen Professor innerhalb der altländischen Pro-vinzen zu dem ihm übertragenen Amte sich befähigt, oder aus welchen Gründen sonst ist seine Ernennung gerechtfertigt worden?“

Abg. K. Mann hebt hervor, daß das Verfahren sowohl mit dem Art. 90 der Verfassung wie mit dem Ausführungs-gesetz vom 26. April 1851 in Widerspruch stehe. Wenn die Rechtfertigung der Maßregel nicht in Unkläglich liege, die bisher nicht bekannt seien, so könne dieselbe ihre Erklärung nur darin finden, daß der Justizminister sich über die beste-henden Gesetze einfach hinweggesetzt habe.

Justizminister Graf zur Lippe: M. H.! Sie wissen, die k. Staatsregierung hatte von Hause aus eine Perso-nalunion mit den neu erworbenen Ländern in Aussicht ge-nommen. Nach dem Wunsche des Abgeordnetenhauses trat aber eine Realunion ein, wenn auch mit Suspension der preuß. Verfassung bis zum 1. Oct. 1867. Bei der Disaffection über das Gesetz v. 20. September v. J. ist im Abgeordneten-hause die größte Sympathie für die Bewohner dieser Länder und speziell für Hannover ausgesprochen; man hat sie für gleichberechtigt mit den alten Provinzen ansehen wollen. Um dies zum Ausdruck zu bringen, war auf dem Gebiete der Justizverwaltung durchaus notwendig, diese Gleichstellung anzubahnen und vorzubereiten durch Einbringung dieses Ge-setzentwurfes. Das Abgeordnetenhaus hat meiner Mei-nung nach die Hand, die es den neu erworbenen Ländern bei Berathung des Gesetzentwurfes v. 20. Sept. v. J. freund-lich dargereicht, zurückgezogen, als Sie diesen Entwurf ab-lehnten. (Widerpruch und Heiterkeit.) Ich habe bei Ein-bringung des Gesetzentwurfes allerdings darauf hingewiesen, daß die Qualifikation eines Richters verfassungsmäßig und gesetz-mäßig bei uns feststeht und daß eine Ausgleichung stattge-gesen habe bei denen, welche in den erworbenen Ländern be-reits angestellt sind, dadurch, daß sie diese Qualifikation er-worben haben. Diese Debatte schloß sich natürlich an die in Preußen bestehenden Gesetze, den Art. 19 der Verf. und an die Verordnung vom 2. Jan. 1849 an. Es ist richtig, der jetzige Vicepräsident in Ratibor, Hr. Oberg, der, wie ich öffentlich gern anerkenne, mit vielen Opfern dem Rufe gefolgt ist, der ihm von seinem König und Herrn geworden, ein Mann, der sich in der größten Geschwindigkeit durch seine Persönlichkeit, Thätigkeit, Biederkeit seines Charactere die Herz-n seiner Collegen und Untergebenen erworben hat... Hr. Oberg hat das dritte juristische Examen nicht gemacht (Hört! Hört!), er ist nicht preussischer Richter gewesen, er ist nicht Professor gewesen. Er ist aber nach dem 4. Absatz des § 37 der Verordnung vom 2. Jan. 1849 in Preußen be-rechtigt, eine Stelle zu verwalten, weil er seit dem 20. Sept. 1866 preussischer Richter ist, weil er nicht befördert worden ist, sondern nur in eine gleiche Stelle aus Hannover nach Ratibor versetzt ist (Sensation). Das ist der Sinn des Para-graphen (Bewegung links), so daß also der Regierung nicht der Vorwurf gemacht werden kann, es wäre von ihr hier et-was in Anspruch genommen, was damals vielleicht über-gangen worden. Es steht ausdrücklich da: „Auf die schon angestellten Beamten finden diese Vorschriften nur in soweit Anwendung, als ihnen eine Beförderung in eine höhere Stelle zu Theil werden sollte.“ Eine solche ist hier nicht eingetreten. Wie die amtliche Mittheilung besagt, ist Hr. Oberg auch nicht zu dieser Stelle in Preußen ernannt, sondern er ist in derselben Eigenschaft aus einer gleichen Stelle in Hannover in eine gleiche in Preußen ernannt worden. (Bewegung.) Diese Distinction ist notwendig geworden, nachdem die Herren auf dieser Seite (zur Linken) die dargebotene Hand zurückgewiesen haben. (Widerpruch. Große Bewegung.) Das ist die gesetzliche Bestimmung, auf Grund davon bin ich ermächtigt gewesen, jene Ernennung bei Sr. Majestät in Vorschlag zu bringen. Wenn Sie aber noch politische

Gründe hören wollen (Ruf: Nein! Nein!), so sind die in hohem Grade vorhanden. Nachdem von Preußen aus Justizbeamte nach Hannover versetzt, lag es in der allerge-wöhnlichsten Billigkeit, auch den Herren in Hannover, die vielleicht darunter zu leiden hatten, eine Compensation dafür zu gewähren, um nicht die Unzufriedenheit in Hannover zu vermehren, die dadurch erregt werden mußte, daß der deshalb eingebrachte Gesetzentwurf verworfen wurde. (Unruhe.) Es war notwendig, und ich freue mich, daß Hr. Oberg die ihm von der Regierung gebotene Hand angenommen hat, den üb-lichen Eindruck zu verwischen, den gerade die Ablehnung eines entgegenkommenden Gesetzentwurfes machen mußte. Also gerade im Interesse der hannoverschen Beamten lag es, einen solchen Fall durchzuführen. Es ist dies aber nur insoweit durchzuführen, als eben nach Maßgabe des Schlusssatzes vom § 37 sich die Sache im Wege der Verlegung aus einer glei-chen Stelle in eine eben solche hat machen lassen. Es ist also gesetzmäßig geschehen. Es ist dies also nicht verfassungs-widrig und der Vicepräsident Oberg wird in seiner Stelle vollständig als verfassungs- und gesetzmäßig installirt be-trachtet werden können. Wenn Jemand noch Bedenken hat, so ist dies eine Frage, welche schließlich nicht von dem hohen Hause, sondern nur von dem Appellationsgericht in Ratibor wird entschieden werden können. Denn wenn jemand einen Einwand gegen ein Erkenntnis des Appellationsgerichtes in Ratibor erheben soll, dann wird die Frage zu prüfen und zu entscheiden sein.

Abg. Pascher beantragte in die Discussion über den Ge-genstand der Interpellation einzutreten und das Haus tritt diesem Antrage mit großer Majorität bei. Dafür die Linken, die National-Liberalen, die Altliberalen, ein Theil der Con-servativen; dagegen mit der Mehrzahl der Conservativen auch der Abg. v. Binde (Hagen).

Abg. Pascher: Nur mit großem Widerstreben haben wir uns entschlossen, diese Frage hier anzuregen. In einer Zeit, wo so große Dinge sich vollziehen, ist es wahrlich keine angenehme Aufgabe, eine kleinliche Verwaltung zu überwachen und zu sehen, wie wenig in Preußen Recht und Gesetz ge-achtet wird. (Bravo!) Aber was hilft es? Die Ver-waltungsmassregeln sind Schuld daran, nicht wir; wir mußten diese Angelegenheit hier zur Sprache bringen, wenn wir uns nicht dem Verwurfe der Nachlässigkeit aus-setzen wollten. Es handelt sich hier um die Anstellung von Richtern, um die Quelle des Rechtes für das praktische Leben, und da ist eine etwaige Nichtigkeitsbeschwerde eines Privat-mannes gegen das Urtheil eines nicht zu Recht eingesetzten Richters ein sehr geringer Trost. Wir brauchen stärkere Bürgschaften; diese Sache gehört vor die Vertretung des Landes. (Hört! Hört!) Es widerspricht der Würde dieses Hauses, den Protest gegen Handlungen, die wir für verfassungs- und gesetzwidrig erachten, einer Privatperson zu überlassen, um sie von dieser auf eigene Kosten zum Austrage bringen zu lassen. Der Hr. Justizminister hat einen Grund ange-führt, der, wie wir das schon öfter bei ihm erlebt haben, nicht nur uns Alle, sondern gewiß auch viele Mitglieder des Ju-stizministeriums selber aufs Höchste überrascht haben wird. (Heiterkeit.) Wenn wirklich diese Ernennung durchaus den Ge-setzen nicht widerspricht, wozu ist uns denn am Anfange die-ses Jahres das bestätigte Gesetz vorgelegt worden? Das ge-schah ja, als jene Länder bereits thatsächlich annektirt waren. Warum hat denn der Hr. Justizminister nicht damals die Vorsichtsmassregel getroffen, zu sagen, die Frage sei zwar zweifelhaft, aber, um auch den geringsten Zweifel zu heben, wolle man sie durch ein Gesetz zum Austrage bringen? Selbst wenn er dies gethan hätte, hätte er nicht so vorgehen können, wie er das jetzt gethan hat. Denn es ist ganz unmöglich, ein Object, das einmal zum Thema eines Gesetzes gemacht ist, im Wege der Verwaltung zu erledigen. Aber der Hr. Justiz-minister hat diese Vorsichtsmassregel nicht getroffen, wahr-scheinlich, weil er damals den Grund noch nicht entdeckt hatte, durch den es möglich werden kann, daß ein Richter aus Hannover auch ein Richter im Sinne der preuß. Verfassung werden kann. (Sehr gut!) Ist schon der Fall vorgekommen, daß ein hier angestellter und qualifizirter Richter nach der Rheinprovinz gekommen ist, ohne die dort nöthigen Exa-mina abzulegen? Und doch gehören die Rheinlande eben so fest zu Preußen, wie die neu erworbenen Landestheile. Der Hr. Justizminister wird mir wohl ein Beispiel schuldig klei-nen. Der Hr. Justizminister scheint auch einen sehr sonderba-ren Begriff zu haben über das Verhältnis zwischen Regie-rung und Landesvertretung, er faßt es auf gewissermaßen als ein Familienverhältnis und ein Gesetz als einen Act der Ver-pflichtung, wie er wohl bei ehelichen Zwistigkeiten vorzukommen pflegt. Wenn die angebotene Hand von einem Theile zurück-gewiesen wird, dann handelt jeder von Beiden, wie er will. So glaubt es der Hr. Justizminister auch machen zu können. Ist es die Aufgabe eines Justizministers, Maßregeln in der Justizverwaltung vorzunehmen, um in andern Zweigen der Verwaltung eine Beunruhigung der Gemüther herbei-zuführen? Denn ich hoffe, daß diese Beunruhigung nicht unter den hannoverschen Richtern eingetreten ist. Sollte das der Fall sein, so zweifle ich durchaus nicht, daß der Hr. Mi-nister die nöthigen Maßregeln dagegen ergreifen wird. Daß er das verheißt, hat er ja hinreichend gezeigt. Aber ich glaube, es wird unter ihnen gewiß mehr Unzufriedenheit darüber herrschen, daß das, was sie bis dahin für Gesetz gehalten ha-ben, im Verwaltungswege gebrochen wird, als daß irgend ein hannoverscher Richter eine bessere Stelle bekommen hat. Der Hr. Justizminister hat seine Freude darüber ausgesprochen, daß Hr. Oberg die Hand angenommen, die das Abgeordneten-haus zurückgewiesen habe. Ich bedaure es, daß ein solcher Richter sich gefunden hat auf Kosten des Rechts. Die einzige Entschuldigung, die ich für ihn anführen könnte, wäre die, daß er irrthümlicher Weise geglaubt hat, die Interpretation eines preuß. Justizministers über preuß. Gesetze werde eine authentische sein. (Sehr gut! Bravo!) M. H.! Es mißglückt



in der That, wenn der Hr. Justizminister in die hohe Politik eingreifen will. (Heiterkeit.) Wir haben ja niemals das Ansehen an ihn gestellt, er solle die Versöhnung mit den neuen Ländern herbeiführen. Nur eines verlangen wir von ihm: das nämlich, daß er in seinem eigenen Ressort die Zufriedenheit dadurch herstellt, daß er die Gesetze möglichst wahr und hochhalte. (Bravo!) Das geschieht aber nicht auf die Weise, daß er sich mit einem Male besinnt, daß das, was er gestern für falsch hielt, heute richtig ist. (Lebhafter Beifall.) M. H.! Unter den früheren Ministerien fanden bekanntlich mehrere ähnliche Anstellungen statt. Wenn der Hr. Justizminister trotz dieser Präcedenten dennoch das mehrerwähnte Gesetz eingebracht hat, so hat er damit implicite seinen Amtsvorgängern einen Vorwurf in dieser Beziehung gemacht. Ehe aber ein solcher Tadel ausgesprochen wird, ist doch vorauszusetzen, daß er und Alle, die ihm dazu gerathen haben, die Sache sehr genau erwogen haben. Ist dies aber der Fall, so ist es über jeden Zweifel erhaben, daß man nun nicht plötzlich über Nacht anderer Meinung werden kann, um dadurch das ganze Land in Zweifel und Ungewißheit zu versetzen, woher denn plötzlich die Erkenntniß gekommen sei, daß nun doch nicht die früheren Minister, sondern der gegenwärtige Justizminister sich geirrt haben. Wir müssen das Zustandekommen eines Gesetzes von anderen Bedingungen abhängig machen, als von der plötzlich vorherrschenden Lust, sich zu versöhnen. Wir wollen das um so mehr feststellen, damit die übrigen Richter in Hannover eine Warnung haben, die Hand zur Versöhnung nicht so anzunehmen, wie Hr. Oberg es gethan hat. (Lebh. Beifall.)

Justizminister Graf zur Lippe: Ich berufe mich noch einmal auf den § 37 der R. Verordnung von 1849. Eben weil bei Einbringung des vorerwähnten Gesetzentwurfes die Frage viel weiter gegriffen ist, weil man sowohl Versetzungen als Anstellungen im Auge hatte, lag keine Veranlassung vor, besonders hervorzuheben, daß die Staatsregierung berechtigt wäre, Versetzungen vorzunehmen. Die dagegen gemachten Vorwürfe treffen daher nicht zu. Der Hr. Vorredner hat dem Hrn. Oberg eine Nachlässigkeit vorgeworfen bei Prüfung der preussischen Gesetze; der Hr. Vorredner sollte sich doch in Acht nehmen, Beleidigungen auszusprechen gegen einen Mann, der sich hier nicht dagegen vertheidigen kann. Hr. Oberg wird gewiß sich gewissenhaft mit den preuss. Gesetzen beschäftigen. Ich beklage es nochmals, daß das Gesetz im vorigen Jahre nicht zu Stande gekommen ist; ich beklage es, weil ein dringendes Bedürfnis vorlag, und ich möchte den Herren doch zur Erwägung geben, daß, wenn ein Gesetz nicht zu Stande gekommen ist, die vollziehende Gewalt dann die Lücken ausfüllen muß — (lärmliche Unterbrechung. Oh! oh! Der Präsident ermahnt zur Ruhe), wenn dies möglich ist, ohne bestehende Gesetze zu verletzen. Nichts weiter als dies hat die vollziehende Gewalt hier gethan.

Abg. Schulze: Nach der klaren Ausführung des Abg. Lascker ist über die Sache selbst wenig zu sagen. Ich will nur auf die besondere Beweisführung des Justizministers aufmerksam machen. Entweder war ein Gesetz nöthig oder es war nicht nöthig. Aber er kann nicht sagen, weil Ihr die angebotene Hand ausgeschlagen habt, kann ich jetzt ohne Gesetz handeln. Seine Deduction schlägt ihm entschieden selber ins Gesicht, wenn er sagt, weil Ihr das Gesetz abgelehnt habt, so brauche ich jetzt gar kein Gesetz, ich habe jetzt ohne dasselbe die Maßregel getroffen. — Eine kleine Nebenbemerkung: Gestern haben Sie die Reichsverfassung angenommen in der Ueberzeugung, daß der freihetlichen Entwicklung hinlänglich Rechnung getragen sei. Haben Sie mit diesem Vertrauen wohl so ganz Recht gehabt?

Abg. Simon: Die Auslegung, welche der Hr. Justizminister dem § 37 des Gesetzes von 1849 gegeben hat, ist eine nicht nur überraschende, sondern unerhörte. Das betr. Alinea lautet: „Auf die schon angestellten Beamten finden diese Bestimmungen nur in so weit Anwendung, als ihnen eine Beförderung zu höheren Stellen nicht zu Theil werden kann.“ Das kann doch unmöglich auf jemand anders bezogen werden, als auf diejenigen, welche bei Erlaß des Gesetzes im J. 1849 in Preußen schon als Richter angestellt waren. Daß die prophetische Gabe des damaligen Gesetzgebers so weit gegangen sein sollte, auch nur hypothetisch daran zu denken, daß 18 Jahre später ein Stück von Deutschland den Vorzug erlangen sollte, mit Preußen vereinigt zu werden, wird wohl selbst ein mit der kühnsten Phantasie begabter Mensch nicht behaupten können. Das Motiv dieses Alinea war absolut kein anderes, als daß jeder preuss. Richter, der damals am 2. Jan. 1849 in Preußen schon nach dem zweiten Examen eine Anstellung hatte, dieselbe auch behalten sollte, nachdem durch die neue Organisation noch ein drittes Examen für die Anstellungsfähigkeit erforderlich geworden war. Und bis zum heutigen Vormittag hat dies auch noch Niemand anders verstanden und verstanden können. Ich verwerfe deshalb die Auslegung, welche der § 37 von Seiten des Hrn. Justizministers erfahren hat, aus der ganzen Tiefe meiner Ueberzeugung als schlechterdings unhaltbar (hörl! hörl!) und bin der Ansicht, daß, wenn solche Interpretationen auch auf andere Zweige unserer Gesetzgebung ausgedehnt würden, dem gesammten Rechtszustande unseres Vaterlandes damit ein Ende gemacht würde. (Hörl! hörl! Sehr wahr! links.) Durch die Vorlegung des betr. Gesetzes in der letzten Session hat doch der Hr. Justizminister die allein mögliche Interpretation selbst als richtig anerkannt. Und selbst heute hat er ja wiederholt, daß, da durch das Gesetz von 1849 nicht nur die Versetzung, sondern auch die Beförderung ausgeschlossen sei, das neue Gesetz vorgelegt worden sei; ein Beweis, daß er damals auch an die Beförderung gedacht hat. — Wenn die Staatsregierung mit einer Vorlage vor das Haus tritt, so thut sie dies natürlich, weil sie die Vorlage für notwendig und nützlich hält. Wenn nun das Haus sagt: Wir finden die Vorlage entweder nicht notwendig oder nicht nützlich, oder mit Uebelsänden begleitet, die den Nutzen wieder aufwiegen, so hat das Haus die Pflicht, die Vorlage zu verwerfen, und die Regierung die Pflicht, sich zunächst dabei zu beruhigen, und wenn sie trotzdem die Meinung von der Nützlichkeit der Sache behält, in der nächsten Session die Sache wieder vorzubringen. — Wenn nun aber die Staatsregierung sagt: „ob Ihr die Frage bejaht oder verneint, ist ganz gleichgültig; unsere Meinung bleibt doch die maßgebende“, so verstehe ich nicht, worin unser Antheil an der Gesetzgebung noch besteht. Wir haben ganz selbstständig zu entscheiden über die Brauchbarkeit eines Gesetzes, und die Verfassung sagt ausdrücklich, daß zu jedem Gesetze die Zustimmung der 3 Factoren gehört; wenn die Ansicht des Hrn. Justizministers maßgebend sein sollte, so müßte dieser Verfassungsbestimmung zugesagt werden: „oder die Ueberzeugung des einen, daß der andere sich irre.“ Durch solche Interpretationen findet die, wie ich hoffe, von uns glücklich begrabene Lidentheorie wieder Eingang in einer Ausdehnung, die wenn sie Anerken-

nung fände, uns über die Budget-, Finanz- und Militär-Fragen mit einem Schritte hinwegführen würde, die ein Loch stoßen würde, durch das unsere ganze Verfassung hinausgestoßen werden könnte. (Hörl! hörl!) — Ich meine deshalb, daß wir es bei dieser Rechtfertigung des Justizministers nicht bewenden lassen dürfen; daß das Haus vielmehr durch die Diskussion eines hierauf bezüglichen Antrages seine von der des Justizministers abweichende Ansicht aussprechen muß. Dies ist allerdings nach der Geschäftsordnung jetzt nicht möglich; ich denke aber, daß wir es uns vorbehalten. — Wie übrigens der letzte Hr. Redner diese Erörterung mit der gestern angenommenen Bundesverfassung hat in Verbindung bringen können, ist mir schwer verständlich. Ich hätte auch nicht ein Titelchen anders gestimmt als gestern, wenn auch die heutige Debatte früher stattgefunden hätte. Und ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn wir auf der gestern beschlossenen Verfassung weiter fortbauen, es bald Niemanden mehr geben wird, der eine Auslegung, wie sie heute versucht worden ist, geben wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Rosch: Der Hr. Justizminister hat vorhin gesagt, daß gerade die linke Seite des Hauses durch die Ablehnung des betr. Gesetzes die dargebotene Hand der Versöhnung zurückgewiesen habe. Ich bezweifle, daß der Justizminister das Recht hat, die Majorität des Hauses zu unterscheiden zwischen links und rechts; der Hr. Justizminister hat vielmehr ebenso, wie wir, die Majoritätsentschlüsse zu achten. Ich glaube, daß der Hr. Justizminister durch jene Bemerkung die Würde des Hauses beeinträchtigt hat, und weise dieselbe deshalb im Namen des Hauses mit Entschiedenheit zurück. (Beifall links.)

Hiermit wird die Berathung geschlossen. Im späteren Verlauf der Sitzung wird ein von 114 Mitgliedern (auch vom Grafen Bethusy-Huc) unterstützter Antrag eingebracht: Das Haus erklärt, daß die Versetzung des zc. Oberg das Gesetz und die Verfassung verletze. Zu Referenten ernannt der Prääsident die Abgg. v. Kardorf und Schulze-Delitzsch. — Es folgt Berathung über den von Lascker gestellten Antrag, betr. die Aufhebung der Zinsbeschränkungen auch für den Realcredit. Der Gesetzentwurf lautet: § 1. Die bestehenden Beschränkungen des vertragmäßigen Zinsfußes und der Höhe der Conventionalstrafen, welche statt der Zinsen für den Fall der zur bestimmten Zeit nicht erfolgten Rückzahlung eines Darlehens bezeugen waren, werden auch für Darlehne, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigenthum verpfändet wird, aufgehoben. § 2. Wird die Zahlung eines solchen Capitals verzögert, so bleibt, wenn ein höherer als der für die Böhmerungszinsen bestehende Zinsfuß bedungen war, dieser höhere Zinsfuß auch für die Böhmerungszinsen maßgebend. § 3. Dergleichen Darlehne kann der Schuldner, auch wenn ein späterer Termin für die Rückzahlung verabredet ist, jederzeit kündigen und nach Ablauf einer sechsmonatlichen Frist zurückzahlen, sofern der Zinsfuß oder die Conventionalstrafe 6 Procent übersteigt.

Der Ref. Graf Bethusy-Huc empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes. Dr. Achenbach empfiehlt ein von ihm gestelltes Amendement, welches bezwecken soll, die Wucherprose, welche aus anderen als Darlehnsfachen aus den letzten Jahren noch erhoben werden könnten, auf einmal zu beseitigen.

Handelsminister Graf Kappeler empfiehlt aus praktischen Gründen die Annahme des Antrages Lascker und die Verwerfung des Amendements, weil daran das ganze Gesetz im andern Hause scheitern könnte.

Abg. v. Wedemeyer bekämpft den Antrag Lascker als dem Grundbesitz nachtheilig. An der Calamität, die den Grundbesitz treffe, trägt übrigens die kgl. Staatsregierung selbst mit die Schuld. Der Grundbesitz fängt deshalb schon an, das Vertrauen zur k. Staatsregierung zu verlieren. Die Staatsregierung hat vor 50 Jahren den kleinen Grundbesitz geschaffen, aber seit der Zeit nichts gethan, um ihn zu erhalten oder seine Interessen zu fördern. Alle Gesetze, die in dieser Zeit erlassen sind, betreffen nur das Interesse des Handels und der Industrie, obgleich der Landbesitzer das Vierfache an Steuern zu zahlen hat. Wenn die k. Staatsregierung fortfährt auf dem Wege, den Grundbesitz in seinen materiellen Interessen zu benachtheiligen, so hege ich die große Befürchtung, daß dadurch das conservativste aller conservativen Elemente im preuss. Staate in die Hände der Demokratie fällt. (Anhaltendes Gelächter auf allen Seiten.)

Handelsminister Graf Kappeler: Glücklicherweise stehen die Sachen durchaus nicht so, wie sie der Vorredner dargestellt hat. Daß eine neue Hypotheken-Ordnung nöthig ist, wissen wir auch, es ist auch schon eine vorbereitet und sie wäre vielleicht schon vorgelegt worden, wenn nicht in der letzten Zeit durch so außerordentlich wichtige Sachen die ganze Aufmerksamkeit der Staatsregierung und des Landtags in Anspruch genommen worden wäre. Aber auch die beste Hypothekenordnung schafft kein Geld, ebensowenig, wie feste Umschlagtermine; das einzige Mittel auch für die Grundbesitzer ist die Vereinigung auf Grundlage der Selbsthilfe und der Correal-Verbindlichkeit. Wo dergleichen Institute schon bestehen, baue man sie aus und hülfte dem Fortschritt, den die heutige Zeit fordert; wo noch keine bestehen, lege man solche an. Hier in Berlin machen die Grundbesitzer bereits einen Anfang dazu; mögen die übrigen Städte und ländlichen Besitz mit den nöthigen Modificationen nach diesem Muster weiter arbeiten.

Abg. v. Kardorff: Auch ich bin durchaus für den Erlaß einer neuen Hypotheken-Ordnung; ich will aber die Freigabe des Zinsfußes hiervon nicht abhängig machen. Es thut mir übrigens leid, daß der Justizminister uns nicht mehr mit seiner hohen Gegenwart beehrt (große Heiterkeit), da ich mir gern von ihm eine Auskunft darüber erbeten hätte, wie es denn mit der neuen Hypotheken-Ordnung steht. Wir haben zwar schon öfter gehört, sie sei schon fertig, aber von den durchaus nöthigen vorbereitenden Schritten dazu, daß Sachverständige zugezogen zc., ist uns nichts bekannt geworden, so daß schon die Befürchtung entstanden ist, daß ein praktisch so bedeutames Gesetz lediglich nach dem Rathe der Geheimen Räte bearbeitet worden sei, ohne auf den Rath von praktischen Sachverständigen Rücksicht zu nehmen.

Reg.-Commissar Dr. Friedberg: Ich kann die Versicherung geben, daß es keineswegs die Meinung meines Chefs ist, die Hypothekenordnung lediglich nach dem Rathe von Geheimen Räten zu bearbeiten, sondern daß bereits eingehende Erhebungen von Sachverständigen erfolgt sind. Namentlich ist den Grundbesitzern Gelegenheit gegeben worden, ihre Meinung auszusprechen. Daß aber durch die neue Hypotheken-Ordnung die Creditverhältnisse erheblich gebessert werden, muß auch ich bezweifeln; dies wird in weit höherem Grade durch die Freigabe des Zinsfußes geschehen.

Bei der Abstimmung wird der Lascker'sche Gesetzentwurf mit allen gegen 10 Stimmen (Conservative) angenommen, das Amendement Achenbach abgelehnt. — Angenommen wird

ferner fast einstimmig der Gesetzentwurf, welcher den Finanzminister ermächtigt, die Rechnung über die letzte Anleihe erst in der ordentlichen Herbstsession zu legen. — Es folgt die Berathung über die Anträge der Geschäftsordnungs-Commission, die Mandate des Regierungsraths Fischer und des Kreisrichters Gaebe, die mit Rangenhöhung versehen sind (der letztere als Gerichtsrath nach Breslau), für erloschen zu erklären. In Betreff des Abg. Gaebe erhebt Abg. Hauschke Widerspruch, er ist Rückficht darauf, daß mit der Versetzung an das Stadtgericht zu Breslau weder eine Erhöhung des Gehalts noch des Ranges verbunden sei. Abg. Rohden bestreitet diese Auffassung, da der Stadtgerichtsrath den ältesten Kreisrichtern dem Range nach vorangehe. Abg. v. Vinde (Hagen) theilt die Anschauungen der Commission nicht und beruft sich auf die Erklärung des Präf. Grabow und die Zustimmung des Hauses zu dieser Erklärung, als der Fall des noch im Hause stehenden, seiner Zeit zum Kreisgerichtsrath ernannten Abg. Winkelmann vorlag. Die Annehmlichkeiten der Stadt Breslau, die Möglichkeit, dort seine Kinder besser erziehen zu können, kämen hier nicht in Frage. Der Hr. Referent gebe sich in diesem Punkte einer Hoffnung hin, die noch nicht erfüllt sei. Hr. Gaebe sei zwar verheirathet, habe aber noch keine Kinder. (Große Heiterkeit.) — In demselben Sinne äußert sich Abg. v. Patow, da die Aussicht auf eine Gehaltsverbesserung, wie sie das Stadtgericht im Vorzuge gegen das Kreisgericht biete, mit der factischen Gehaltsverbesserung nicht zu verwechseln sei. — Ref. Abg. Bieglar erwidert, daß bei einer später wirklich eintretenden Gehaltsverbesserung das Mandat nicht mehr erlöschen könne, das müsse jetzt geschehen, wo dem Betreffenden die Aussicht dazu gegeben sei. — Bei der Abstimmung durch Aufstehen, die zweifelhaft bleibt, stimmt Abg. Waldeck mit der Mehrheit gegen den Antrag der Commission, das Mandat des Abg. Gaebe für erloschen zu erklären. Die Zählung ergibt, daß dieser Antrag mit 130 gegen 119 St. angenommen ist. Darauf wird er in namentlicher Abstimmung mit 128 gegen 123 Stimmen angenommen, das Mandat des Abg. Gaebe ist also für erloschen erklärt. — Der Präsident zeigt an, daß die nächste Sitzung am 29. Mai stattfindet und am 30. Mai die zweite Abstimmung über die Bundesverfassung.

#### Politische Uebersicht.

Die preussische Regierung hatte die Forderung gestellt, daß die entscheidende Sitzung der Conferenz noch in dieser Woche stattfinden müßte. Maßgebend waren bei dieser Forderung die Nachrichten über die fortgeschrittenen Rüstungen Frankreichs. Die preuss. Regierung mußte fordern, daß die Conferenz ihre Arbeiten schnell erledigte, damit nicht Frankreich durch die Verhandlungen lediglich Zeit gäwinne, um seine Rüstungen zu vervollständigen. Andernfalls wäre in Preußen in diesen Tagen eine Mobilmachung zu erwarten gewesen.

Wie ein heut angekommenes Telegramm (s. oben) meldet, hat die entscheidende Sitzung bereits gestern stattgefunden, und man darf sich der Hoffnung hingeben, daß der Frieden erhalten bleibt. Nähere beglaubigte Nachrichten über das auf der Conferenz getroffene Uebereinkommen fehlen noch.

Unter diesen Umständen verlieren heute die älteren Nachrichten an Werth. Wir übergehen daher auch hier die ausführlichen Mittheilungen der gestrigen ministeriellen Berliner Zeitungen über die französischen Rüstungen. Jetzt wird Frankreich sich hoffentlich veranlaßt finden, seine Rüstungen endlich einzustellen.

#### Parlamentarische Nachrichten.

\* Von den liberalen Abgeordneten der Provinz Preußen haben vorgestern für die Verfassung des Norddeutschen Bundes gestimmt die Abgg. v. Forckenbeck, Köppl, v. Hennig, Lefse, Weese, Thomsen, Dr. Hummel, Dr. John (Lobian), Gerlich, Dr. Lohow.

\* Der Abg. Fred (linkes Centrum) hat bei der gestrigen Abstimmung über die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht mit Nein, sondern mit Ja gestimmt.

\* Der Abg. Vorsche ist der national-liberalen Fraction beigetreten. — v. Vinde (Hagen) soll eine Fraction von 10 Mitgliedern constituirt haben.

Berlin. Die „Riese“ wird sich nach ihrer Rückkehr in die Ostsee, behufs Vornahme der erforderlichen Reparaturen und Ergänzungen, nach Danzig begeben.

— Im vorigen Feldzuge führte unsere Artillerie unter ihren 792 Geschützen noch 306 glatte, während bei einem neuen Kriege nur gezogene, und zwar zur Hälfte vierpfündige und zur andern Hälfte sechspfündige Batterien ins Feld würden würden. Von den Fahrzeugen der Marine hat zunächst das Panzerschiff „Arminius“ seine Ausrüstung mit den neuen gezogenen 72-Pfündern bewirkt.

— Ein Aushang an der heutigen Börse theilt mit, daß die telegraphischen Leitungen nach Paris zerstört seien und spricht die Vermuthung aus, daß in Folge davon die telegraphische Correspondenz wahrscheinlich werde verzögert werden.

— Auf Vorschlag des Comités der Gesellschaft für die Sklaven-Emancipation soll eine General-Versammlung von Abgeordneten der Gesellschaften, die denselben Zweck verfolgen, im Juni d. J. in Paris tagen. Es sind dazu Abgeordnete (Protestanten wie Katholiken) aus England, Holland, Spanien, Portugal und den Colonien, Nord-Amerika, Brasilien, Chili, Peru, Mexiko, Hayti und St. Domingo eingeladen worden.

Dels, 8. Mai. [Nachwahl.] Heute wurde, nach einem Telegramm der „Berl. Ztg.“, Lieutenant Cretius auf Königin im Rastlauer Kreise, conservativ, mit 346 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Der liberale Gegenkandidat, Prof. Köppl, erhielt 109 Stimmen.

England. London, 7. Mai. Der Demonstration im Hyde Park ist nichts in den Weg gelegt worden, und daher ist sie ohne jegliche Ruhestörung abgelaufen. Die Volksmassen verhielten sich so anständig und friedlich, daß nicht einmal die ordentliche, viel weniger die außerordentliche Polizei ihren Arm zur Wahrung der Majestät des Gesetzes auszustrecken brauchte. Als gegen 6 Uhr, mit lauten Begrüßungen bewillkommenet, Hr. Beales, der Präsident der Liga, mit O'Donoghue und dem Obersten Disdon den Park betrat, war die Menge schon auf viele Tausend angewachsen. (Die „Times“ schätzt, wohl zu niedrig, 40, bis 50,000, „Daily News“ wohl zu hoch, 100, bis 150,000 Personen.) Rednerbühnen waren zehn, und zwar in der bestbelebten Gestalt von Bänken. Die Redner wählten, welche es unternahmen, die Ansichten der Reformliga dem Publikum vorzuführen und die Resolutionen zu motivieren, mußten ihre Stimme bis zum Meistesten anstrengen, um nur in dem Umkreise weniger Schritte das Gesumme zu überhören, welches von einer großen, wenn auch verhältnismäßig ruhigen Menschenmenge unzertrennlich ist. Getreulich aber pflanzte sich von dem kleinen Cirkel aus, dem die Worte der Redner noch verständlich ans Ohr schlugen, bei den eindringlicheren Stellen das Beifallrufen in concentrischen Kreisen







**Altshottländer Synagoge.**  
Sonabend, den 11. d. Mts., Vormittags 10 Uhr Predigt. (1510)  
Nach kurzem Krankenlager entschlief heute früh 24 Uhr mein vielgeliebter Vater, unser Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, Herr Carl Friedrich Jansen, in seinem 76. Lebensjahre an Entkräftung. Diese traurige Nachricht theilen wir seinen vielen Freunden und Bekannten aus tief betrübten Herzen mit Stadtgebiet, den 10. Mai 1867.

(1502) **Die Hinterbliebenen.**  
Laut § 5 des Statuts ersuchen wir die Herren Actionaire der Marienburger Privat-Bank D. Martens, die zweite Einzahlung mit 75 % auf jede gezeichnete Actie bis zum 31. Mai c. bei dem persönlich haftenden Gesellschafter D. Martens zu machen. (1182)  
Marienburg, den 23. April 1867.  
Der Verwaltungsrath.

## Auction über Pferde und Wagen.

Donnerstag, den 16. Mai cr.,  
Vormittags 11 Uhr,  
werde ich auf dem Buttermarkt circa 15 Pferde, (Wagen-, Reit- u. Arbeitspferde), 2 Droschken, Halbwagen, Jagdwagen und Arbeitswagen, Handwagen, Plant- und Arbeitsgeschirre, Decken und Stallutensilien,  
in gerichtlichen und außergerichtlichen Aufträgen gegen gleich baare Zahlung versteigern, wozu einladet (1512)  
Nothwanger, Auctionator.

**König-Wilhelm-Loose,**  
Hauptgewinn 10,000, Ziehung im Juni, ein halbes Loos 1 R., ein ganzes Loos 2 R. bei  
Meier & Selhorn,  
Bank- und Wechselgeschäft,  
Langenmarkt No. 7.  
(1501)

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS  
Keine grauen Haare mehr!  
**MELANOGENE**  
von Diquemare & Co. Rouen  
Fabrik in Rouen, r. St-Nicolas, 30  
Um augenblicklich Haar und Port in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. — Dieses Farbmittel ist das Beste aller bisher da gewesenen.  
General-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, (7765) Hoflieferant in Karlsruhe.

**Für zahnende Kinder**  
empfehlen allen Müttern die von den Apothekern Gebr. Gehrig in Berlin, Charlottenstraße 14, erfundenen electro-motorischen  
**Zahnhaalsbänder,**  
à Stück 10 Kr., als das einzige bewährteste Mittel, wodurch den Kindern das Zahnen leicht und schmerzlos gefördert wird und dieselben von den so häufig damit verbundenen gefährlichen Krämpfen und Fieberanfällen befreit bleiben.  
In Danzig nur allein echt zu haben bei (1470)  
**Albert Neumann.**

**Türkische Tabacke**  
in den feinsten Qualitäten von 1½ — 4 R. pro 100, ferner Cigarettes, Cigarettemaschinen, französische Papiere und dazu passende Spizen empfiehlt  
**Gustav Prebel,**  
Langenmarkt No. 30,  
Hotel: „Engl. Haus.“

**Ambalema-Brasil-Cigarren.**  
Ein vortheilhafter Ankauf einer größeren Partie dieser rein und wohlschmeckenden Cigarre gestattet mir, dieselbe zu dem billigen Preise von 10 Thlr. das Mille, bei Entnahme von 5 bis 10 Kisten, abzulassen. Einzelne 1/10 Kisten à 1 R. 3 Kr.  
**Herm. Rovenhagen,**  
Cigarren- und Tabak-Geschäft,  
Danzig, Langebrücke.

**Abgelagerte Havanna-Cigarren** in allen Sortiments, von 1 Thlr. 40 — 100, sowie die bekannte **Havanna-Auswurf-Cigarre,**  
à Thlr. 20, empfiehlt als durchaus preiswerth die Cigarren- und Tabak-Handlung von  
**J. C. Meyer,**  
Langenmarkt No. 20, neben Hotel du Nord.

**Frische Silberlachse**  
verfendet wieder zu mäßigerem Preise  
**Brunen's Seefischhandlung,**  
Fischmarkt 38.  
(1456)

**Büchlinge,** täglich frisch geräuchert, empfiehlt (noch und nachweise) billigt (1511)  
**Alexander Heilmann,**  
Scheidegasse No. 9.

**Frisch gebrannter Kalk** (1417)  
ist aus meiner Kalkbrennerei in Legan und Langgarten 107 stets zu haben. **C. H. Domanski Ww.**  
E. Hs. Harmonium ist Baumgartischeg. 44. z. verl.

# Auction

im rothen Saale des Rathhauses  
Sonabend, den 11. Mai cr., Vormittags 10 Uhr,  
über die für den Bazar zum Besten der National-Invaliden-Stiftung eingegangenen und bisher nicht verkauften Gegenstände, enthaltend eine noch reichhaltige Auswahl von Galanteriewaaren, Stickerei- und Weißzeug-Sachen.

Um zahlreiche Betheiligung bittet  
**Das Comité für den Bazar.**  
(1479)

**Dritte Quartett-Soirée**  
des  
**Florentiner Quartett-Vereins**  
im Saale des Schützenhauses,  
Freitag, den 10. Mai 1867, Abends 7 Uhr,  
Programm: 1) Quartett in C-moll, op. 17, von Rubinstein. 2) Quartett in D-moll von Schubert. 3) Quartett in C-dur, op. 59 Nr. 3 von Beethoven.  
Billets à 1 R. sind bei **F. A. Weber,** Langgasse 78 zu haben. (1378)

## Havanna-Ausschuss.

Die bei mir so beliebte, anerkannt wirklich preiswerthe Cigarre pr. Tausend 20 R., welche sich durch ihre schöne Qualität ganz besonders auszeichnet, empfehle ich einem geehrten Publikum ganz ergebenst. Dieselbe gehört nicht zu dem „Sogenannten“, sondern ist von reinem Havanna-Auswurf.  
**Gustav Pretzel,**  
Langenmarkt Nr. 30,  
Hotel: „Englisches Haus.“

**Eleganteste Neuheiten in Sonnenschirmen**  
sind eingetroffen und werden zu folgenden billigen Preisen abgegeben:  
**seidene Sonnenschirme** und **Entre deux** pr. Stück 2½ Sgr., 1½ Thlr., 1½ Thlr.,  
**eleganteste Neuheiten** in gefüllten Sonnenschirmen, und  
**Entre deux** in geschmackvollster Arbeit pr. Stück 1½ Thlr., 2½ Thlr., 3 Thlr., u. höher;  
**Regenschirme** in schwerer Seide pr. Stück 1½ Thlr., 2½ Thlr., 3 u. 3½ Thlr.  
**Regenschirme** in Alpaca pr. Stück 1½ Thlr., 1½ Thlr., 1½ Thlr.;  
**Baumwollene Schirme** sehr billig. (492)  
**Alex. Sachs, Schirmfabrikant,**  
Marktberggasse.

Familienverhältnisse veranlassen mich, mein Domicil zu verändern, und sehe ich mich genöthigt, mein hiesiges Geschäft aufzulösen.  
Ich habe deshalb meine **sämmtlichen Waarenbestände,** im Preise bedeutend ermäßigt, zum **schleunigsten Ausverkauf** gestellt.  
**B. Kantorowicz, Langgasse 30.**  
(Leinen-Lager, Wäsche-Fabrik.)  
(1263)

**Die Maschinen-Fabrik von F. Garbe & Co.**  
**Association vereinigter Maschinenbauer,**  
Sandgrube 21,  
empfiehlt sich zur Anfertigung aller in dieses Fach schlagenden Artikel und übernimmt bei reeller und prompter Effecturung, Reparaturen jeder Art zu festen und soliden Preisen.  
Zum Verkauf stehen:  
Drehmaschinen.  
Säemaschinen.  
Häufelmaschinen in 5 Sorten.  
Grün-Malz-Quefschen.  
Rohwerke.  
Speicher- und Schiffs-Winden.  
Korn-Reinigungs-Maschinen.  
Buttermaschinen.  
Doppelwirkende Schiffs- und Küchenpumpen.  
Kartoffelschrap-Maschinen.  
Schmalz- und Honigpressen.  
Teignetmaschinen.  
Eiserne Transport-Handwagen.  
Treibbare Schleifsteine.  
Flaschen-Reinigungsmaschinen.  
Englische Drehmangeln.  
Wurstlopf-Maschinen.  
Gartenstrijken.  
Ferner ein vollständiges Lager von **schmiedeeisernen Möbeln,**

als: **Weinschränke.**  
**Garten-, Salon-Stühle mit Federstahlfuß,** in den verschiedensten Mustern, wie auch Gartenbänke und Tische in gefälligen Genres. Wäsch- und Nippische.  
**Blumen-Terrassen-Tische** zu Aquarien passend. (804)

**Drath-, geschmiedete und geschnittene Nägel** in allen gangbaren Längen billigt bei **C. H. Zander Wwe.,** Kohlenmarkt 29 b.  
**Alle Sorten Messer und Taschenmesser,** eigener Fabrik, empf. (1495)  
**W. Krone, Messerfabrik.,** Holzmarkt No. 21.  
**Schafschneidemaschinen, Trolare, Fliesen, Haarschneidern, Aufreißer etc.,** empf. (1496)  
**W. Krone, Verfert. chirurg. Instrumente,** Holzmarkt No. 21.  
30 — 40 Pfd. selbstgebanter Mieserunkel-Samen ist zu verkaufen in Dreilinden.

**Rüb- und Leintuchen,** in bester Qualität, offerirt billigt (1292) **Theodor Friedr. Jansen** Hundegasse 97, Ecke der Markt- u. Gasse.  
**150 Mathammel** stehen zum Verkauf in **Schwarzau b. Frankensfelde.** (1441)  
Von einem auswärtigen Hause empfing ca. 1000 M. die. Märten Rheinweine zum unbedingten Verkauf, und offerire solche billigt. Proben hiervon bin bereit zu geben im Comtoir **Vorstadt. Graben 52.** (1507)

**Zum Vortrags-Führer, zum Einjährigen-Freiwilligen-Examen,** so wie zu denjenigen Examina's behufs Eintritt in die Königl. Marine, mit Einschluß der Mathematik, wird den gefälligen Bestimmungen gemäß vorbereitet **Sandgrube 54, parterre.** (1505)

**120 Setthammel**  
(110 R. lebend Gewicht), stehen in Jagdschloß, Poststation Jablonowo, Kreis Strasburg, zum Verkauf. (1427)

**Ein noch in Condition stehender militärfreier verheiratheter Brennereiverwalter,** dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht zum 1. Juli d. J. eine anderweitige Stelle. Gefällige Offerten beliebe man unter No. 1488 franco an die Exped. d. Btg. einzuliefern.

**Ein Maschinist,** welcher 13 Jahre in einer Dampfmaschinenfabrik fungirt, unverheirathet, auch die besten Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht eine ähnliche Stellung. — Offerten gefälligst einzuliefern Hundegasse Nr. 104 unten. (1420)

**Ein junger Mann,** welcher das Deklamations-, Cigarren-, Colonialwaaren- und Wein-Geschäft erlernt und der polnischen Sprache mächtig, sucht eine passende Reiselstelle. Reflekt. wollen ihre Adresse unter Chiffre 1499 in der Expedition dieser Zeitung niederlegen.

**Ein unverheiratheter, thätiger Inspector** findet sofort eine Anstellung mit einem jährlichen Gehalt von 100 Thlr. auf dem Rittergute Dombrowo bei Tereopol. (1497)

**Reitbahn Nr. 5, 1 Treppe rechts,** finden Pensionäre eine freundliche und gewissenhafte Aufnahme. (1514)

**Ein Materialwaaren-Geschäft,** gleichviel an welchem Orte, wird zu kaufen oder zu pachten gesucht. 2000 R. können sofort angezahlt werden. Adressen werden unter 1406 durch die Expedition dieser Zeitung erbeten.

**Das Ladenlocal,** Gr. Berbergasse No. 12, ist unter mäßigen Bedingungen, mit auch ohne Wohnung, zum 1. Juli oder 1. October zu vermieten. Näheres daselbst. (1494)

**Eine herrschaftliche Wohnung,** bestehend aus drei bis vier Zimmern nebst Zubehör, ist zu vermieten und sofort zu beziehen, Brodtkantengasse No. 42. (1477)

**Ein Schaufgeschäft**  
am Fischmarkt, Wasserseite, zum Victualienhandel sehr gut passend, ist gleich oder bald zu vermieten. Näheres Fischmarkt No. 34. (1506)

**Hôtel deutsches Haus.**  
Heute Abend **Echt Culmbacher Hofbräu-Exportier u. Zeitmeister vom Hof.**  
**Otto Grünwald.**  
(1517)

**General-Versammlung**  
der See - Schiffer - Armen - Kasse.  
Zu der am Sonabend, den 11. Mai a. c., Nachmittags um 3 Uhr, im Hause neben dem Artushofe stattfindenden **General-Versammlung** werden die Mitglieder ergebens eingeladen.

Tages-Ordnung.  
1. Rechnungslegung pro 1866.  
2. Wahl der Stellvertreter des Vorstandes.  
3. Bestimmung der Unterstützungen pro 1867.  
Danzig, den 4. Mai 1867.  
(1444) Die Vorsteher.  
**Brinckman, J. F. Domansky.**  
**P. Figuth.**

**Selonke's Etablissement.**  
Im Anschluß an den auf Veranlassung J. Kgl. H. der Frau Kronprinzessin veranstalteten Bazar zum Besten der

Victoria-National-Invaliden-Stiftung,  
Sonabend, den 11. Mai, Abends 7 Uhr:

**Große Extra-Vorstellung**  
unter Mitwirkung der Herren Hageborn und Fischer mit ihrer rühmlichst bekannten

**großen Wunder-Fontaine,**  
genannt: **Kalospinthechromokrene,** sowie des gesammten engagirten Künstler-Personals und großes Concert von der **v. Weber'schen Kapelle.**

U. A.: Variationen für die Violine, Solo, vorgef. von Hrn. Meyer. — Ich denke nur an Dich, mit obligater Cellobegleitung, vorgef. von Fel. Kelterborn und Hrn. v. Weber.

Entrée für Saal 7½ Kr., für Loge 10 Kr. Tagesbillet für Saal 5 Kr., für Loge 7½ Kr., ohne der Wohlthätigkeit im Interesse dieser edeln Stiftung Schranken zu setzen.

Um zahlreichen Besuch dieser Vorstellung bittet  
Das Comité für den Bazar.

**Henriette v. Winter, Charlotte Collas.**  
**C. v. Borcke, Pauline Bischoff.**  
**Franziska Goldschmidt.**

**Selonke's Etablissement.**  
Sonabend, den 11. Mai, Nachm. 3 Uhr:  
**Große Kinder-Vorstellung.**

Zum Schluß: Vorstellung der Herren Hageborn und Fischer mit ihrer

**großen Wunder-Fontaine,**  
genannt: **Kalospinthechromokrene.**

Entrée für Saal: Kinder 1½ Kr., Erwachsene 2½ Kr., für Loge: Kinder 2½ Kr., Erwachsene 4 Kr.

**Herr Divisions-Prediger Collin** hat uns die Summe von 100 Thlr. als Reinertrag der am 3. d. M. in der Petri-Kirche veranstalteten geistlichen Aufführung für die christliche Herberge überwiefen. Indem wir über diese Summe hiermit dankend quittiren, sprechen wir zugleich für diese neue werthvolle Förderung unserer Sache dem Herrn Divisions-Prediger **Collin**, sowie allen geehrten Damen und Herren, welche bei dem Concerte freundlichst mitgewirkt haben, unsern herzlichsten Dank aus. (1513)

Danzig, den 10. Mai 1867.  
Der Verwaltungsrath der christlichen Herberge.  
**Reinicke, A. Romber, Steinwender.**

Druck und Verlag von **A. W. Rasemann** in Danzig.